

---

**2848/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 11.09.2009**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

## **Anfragebeantwortung**

Die Abgeordneten zum Nationalrat Carmen Gartelgruber, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Juli 2009 unter der Zl. 2876/J-NR/2009 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die Einrichtung von betrieblichen Kinderbetreuungsstätten im öffentlichen Dienst“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

### **Zu den Fragen 1,3 und 4:**

Seit 1996 wird für Kinder von Bediensteten des Bundes ein Betriebskindergarten am Standort Rathausplatz 4 geführt. Im Rahmen einer Nachbarschaftskooperation wurde auch die Initiative Kinder-Ferienbetreuung ins Leben gerufen. Beteiligt sind, zusammen mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA), die Österreichische Präsidentschaftskanzlei, das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Inneres, das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur sowie das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Angeboten wird eine Betreuung in den Sommerferien (max. 4 Wochen), in den Weihnachtsferien, in den Semesterferien und in den Osterferien (Karwoche) für Kinder der Bediensteten der genannten Ressorts ab dem 3. Lebensjahr und bis zum 14. Lebensjahr.

### **Zu Frage 2:**

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 2223/J-NR/2009 vom 28. Mai 2009.

**Zu den Fragen 5 bis 7:**

Ich habe die zuständige Abteilung meines Ressorts beauftragt, die Rückmeldungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich des Kindergartenangebots laufend zu verfolgen und auch in dieser Frage engen Kontakt mit dem Club der Angehörigen des BMeiA zu halten. Das derzeitige Angebot, eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesdienststellen, wird in bisher vorliegenden Reaktionen positiv bewertet.

Darüber hinaus verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 2883/J-NR/2009 vom 13. Juli 2009 durch den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend.